

Zwei Kohlenzüge nach Frankreich und Belgien.

Die Blätter berichten, daß nunmehr die ersten Kohlenzüge aus dem Ruhrgebiet auf dem Wege nach Frankreich und Belgien sind. Der Wert der Kohlen im letzten Quartal folgendermaßen: Die Organisationsbestrebungen, die im Ruhrgebiet trotz des deutschen Widerstandes weiter verfolgt werden, haben die ersten Ergebnisse gezeitigt. Am gestrigen Tage konnte eine Anzahl von Kohlenzügen aus dem Ruhrgebiet nach Belgien und Frankreich geleitet werden. Im Verlaufe des Nachmittags hatten zwei Züge, jeder zu 750 Tonnen, Nachen erreicht, von denen der eine nach Belgien und die beiden anderen nach Frankreich geleitet wurden. Andererseits signalisiert man eine Anzahl von Zügen, die sich mit 500 Tonnen auf dem Wege nach Nachen vom Ruhrgebiet befinden, außerdem zwei Schiffe von einer Gesamttonnage von 1000 Tonnen, die von Duisburg nach Antwerpen abgegangen sind. 20000 Tonnen Kohle, die sich auf dem Rhein-Rhône-Kanal befindet, soll heute auf belgischen Schiffen nach Antwerpen transportiert werden. Dieser erste Erfolg wird sich vergrößern, sobald die 4828 Transportarbeiter an Ort und Stelle angekommen sind, deren Abreise heute gemeldet wird.

Der Wert Parisis hebt hervor, daß sein Sonderberichterstatter

trotz allem ernsthaften Schwierigkeiten nicht verkennt, daß ferner die industrielle Tätigkeit im Ruhrgebiet täglich langsamer wird. Da der deutsche Widerstand nicht nachläßt, schreibt das Blatt weiter, muß man auf baldige Anwendung neuer bedeutender Mittel rechnen. Die ersten dieser Maßnahmen werden ohne Zweifel darin bestehen, daß man der Blockade der Kohle auch die Blockade der technischen Erzeugnisse hinzusetzt.

Der erste Kohlentransport nach Westen.

Die französischen Berichte vom Kriegsschauplatz an der Ruhr feiern einen großen Triumph. Sie wissen zu melden, daß es gelungen sei, drei Kohlenzüge über Nachen an die Grenze des besetzten Gebietes zu bringen, von wo sie nach Belgien oder Frankreich weitergeleitet werden können. Man kann sich denken, wie viel Aufhebens von dieser Tatsache vor der französischen Öffentlichkeit gemacht wird, um sie einzuschmeicheln für die Fälle der Enttäuschungen zu entschädigen, mit denen der Kriegszug Poincarés in das wehrlose, friedliche Deutschland sie bisher bestraft hat. Es wäre auch möglich, daß auf überängstliche Gemüter in Deutschland dadurch ein Eindruck gemacht würde, der in keinem Verhältnis zu der tatsächlichen Bedeutung des Falles steht, und daher wird es gut sein, ihn kurz zu charakterisieren.

In dem Augenblick, als nach dem Einbruch der Franzosen die deutschen Abwehrmaßnahmen einsetzten, blieben eine Reihe von Kohlenzügen, nach unseren Informationen durchweg kleinere und mittlere, unmittelbar vor Nachen liegen. Von diesen Zügen haben die Franzosen nun nach wochenlangen Bemühungen einige in Bewegung gesetzt, und man kann mit der Möglichkeit rechnen, daß es ihnen gelingen wird, auch die übrigen hart an der Grenze zum Stillstand gebrachter Kohlentransporte weiter westwärts zu führen. Bedenkt man aber, daß im Dezember vorigen Jahres täglich 40000 Tonnen Kohle westwärts für die Reparationsarbeiten nötig waren, so hat man einen Maßstab für die tatsächliche Bedeutung des französischen Erfolges von Nachen.

Daß dieser sich nicht weiter auswirken wird, daß vor allen Dingen keine weiteren Kohlentransporte bis in die Nähe der Westgrenze des besetzten Gebietes gelangen werden, dafür bürgen die inzwischen immer lärmloser durchgeführten Abwehrmaßnahmen auf deutscher Seite aber so sehr, wie der von Tag zu Tag sich festigende und sich immer nachhaltiger auswirkende Abwehrwille aller Kreise im neu okkupierten wie im altbesetzten Gebiet.

Was bedeutet das?

Wie eine zufällige Stelle aus Berlin mittelst, betrug vor dem Einbruch in das Ruhrgebiet das monatliche Lieferungsoll an Reparationskohle 1,9 Millionen Tonnen, das heißt arbeitsmäßig 64500 Tonnen. Zieht man davon 4500 Tonnen als Italienkohle ab, so müssen die Franzosen und Belgier, nur um das Lieferungsoll des letzten Dezember zu erreichen, täglich 60000 Tonnen abfahren. Da nach dem bisherigen Verfrachtungsschüssel hiervon ein Drittel auf den Wasserweg und zwei Drittel auf den Landweg entfallen, so sind zur Beförderung von 40000 Tonnen mit der Bahn 50 schwere ausgelastete Güterzüge nötig, das heißt alle 28 Minuten muß ein Zug über die französisch-belgische Grenze rollen. Ebensooft müßten Güterzüge in der Gegenrichtung zurückkommen. Man kann also daraus ermessen, wie wenig es bedeutet, wenn die Franzosen und Belgier gestern zwei ganz kleine Züge abfahren, die übrigens völlig wild, daß heißt ohne Fahrplan, gefahren wurden.

Um die Zahl der Züge wesentlich zu steigern und auch den Rücklauf der Wagen ordnungsgemäß abzuwickeln, muß man über einen idealen Betrieb verfügen, den die Franzosen, selbst wenn sie noch so viel französische Eisenbahner ins Ruhrgebiet schicken, nicht fertigbekommen, weil zur Einleitung eines solchen Betriebes nicht Monate, sondern Jahre gebraucht werden.

Zwei französische Militärzüge zusammengestoßen.

Auf der Straße Düsseldorf-Rettwig, die die Franzosen in Betrieb zu nehmen versuchten, stießen zwei französische Militärzüge zusammen. Einige Wagen wurden zertrümmert und unter diesen Wagen wurden, wie erst jetzt bekannt wird, 28 tote Soldaten hervorgezogen. In aller Eile requirierten die Franzosen einen Teil des Düsseldorf-er Freiwaldes und setzten die Verunglückten in aller Eile bei.

Wie verlautet, soll eine ganze Zahl von Schwerverletzten bei dem Unglück zu verzeichnen gewesen sein, jedoch wird über die Einzelheiten strenges Stillschweigen beobachtet.

Poincaré kauft.

Poincaré erklärte dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, dass er, wenn der Ausschuss den Ausschuss, vor ihm zu erscheinen, um über die Wege in Rheinland und Ruhrgebiet Bericht zu erstatten, nicht

Verstehe geben. Er wolle von niemand Rückschlüsse in Empfang nehmen. Nach der „Revue“ haben Zardieu und einige seiner Kollegen sofort nach Annahmehahme von dieser Weigerung einen Brief an Poincaré geschrieben, er möge den Ausschuss wiederum zusammensenden.

Englische Stimmen.

Londoner Blätter weisen auf die in der öffentlichen Meinung Frankreichs zutage tretende Unzufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen der Ruhrbesetzung hin und machen auf die ernste Wirtschaftslage Frankreichs aufmerksam.

„Daily Herald“ berichtet, Poincaré tue Schritte, um der drohenden Kritik zu begegnen, die sich in der Kammer mit Bezug auf das zugegebene Scheitern der bisher im Ruhrgebiet getroffenen Maßnahmen bemerkbar mache. Es heißt, daß Poincaré den Wunsch habe, sein augenblickliches Ministerium in eine Koalitionsregierung nach Art der 1914 eingerichteten umzugestalten. Man glaubt, daß Zardieu aufgefordert worden sei, dem geplanten Ministerium als Minister des Auswärtigen beizutreten, während Poincaré Ministerpräsident bleiben wolle.

„Daily Telegraph“ berichtet, man habe in Frankreich allgemein angenommen, daß mit der Besetzung des Ruhrgebietes Lieferungen von Reparationskohle erfolgen würden. Aber bisher sei keine Kohle eingetroffen. Dieser Mißerfolg werde auf die von Frankreich angenommene falsche Weisung zurückgeführt.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet: Die Franzosen haben den irreführenden Optimismus satt, und da sie einsehen, daß in Wirklichkeit ein äußerst hoffnungsloses Durcheinander herrscht, sind sie äußerst kritisch. Während einiger Wochen war es möglich, diese Tatsache zu verheimlichen. Aber es wird schwieriger sein, dies auch in Zukunft zu tun. Es wird die Forderung erhoben, die Wahrheit bekanntzugeben.

Auf der einen Seite der Ruf nach Wahrheit, die für Poincaré gefährlich werden könnte — er scheint ihr aber auf der anderen Seite eine neue Regierungsform gegenüberlegen zu wollen, mit der er seine augenblicklichen Gegner mundtot zu machen gedenkt, indem er sie an seinen Karren anspannt. Für uns wäre dies kaum ein Glück, denn je mehr Einheit in Frankreich herrscht, umso härter würden wir es zu spüren bekommen.

Die orientalische Frage.

Die Entscheidung verschoben.

Der Gouverneur von Smyrna hat dem französischen Konsulat mitgeteilt, daß für die Abfahrt der französischen Kriegsschiffe eine neue Frist von 24 Stunden gewährt wird. Innerhalb dieser Frist erwartet der Gouverneur neue Instruktionen von Ankara zu erhalten.

Englische Auffassung — Flottenverstärkung von Smyrna.

Der gemeinsame englisch-französische Schritt gegen das von der Angora-Regierung gestellte Ultimatum, nach dem die alliierten Kriegsschiffe Smyrna verlassen sollten, wird hier als ein Beweis dafür begründet, daß die beiden Regierungen nicht gewillt seien, sich diese tatsächliche Ueberhebung gefallen zu lassen. Nach Mitteilung des englischen Außenamts liegen zurzeit im Hafen von Smyrna vier amerikanische Torpedoboote, ein englischer und ein französischer Kreuzer, ein französisches Kanonenboot, weiter ein italienischer und ein holländischer Kreuzer. Weitere englische Einheiten sind mit der Wessung nach Smyrna unterwegs, jedem Versuch, die alliierten Kriegsschiffe zum Verlassen des Hafens zu zwingen, mit Waffengewalt zu begegnen.

Französische Auffassung.

Wie der diplomatische Mitarbeiter des „Cablogramme“ mitteilt, werden die Zwischenfälle von Smyrna in französischen maßgebenden Kreisen mehr als ein Bluff denn als der Beginn eines neuen Krieges aufgefaßt. Poincaré scheint die Gelegenheit benützen zu wollen, um die Einheitsfront der Alliierten wieder herzustellen, denn zwischen Paris, London und Rom werden zahlreiche Telegramme gewechselt. Unschwerwiegend handelt es sich darum, zwischen der englischen Politik im Orient und der französischen im Ruhrgebiet, zeitlich zusammenfallend, auch einen inneren Zusammenhang zu schaffen.

Englisch-türkischer Sonderfrieden?

Berlin, 10. Februar. Der hier weilende russische Volkskommissar Ichtischerin Auherte Wessefortrettern gegenüber: Man kann mit der Möglichkeit rechnen, daß wir am Vorabend eines britisch-türkischen Sonderfriedens stehen. Die Türken haben den Engländern in allen wichtigen Fragen Zugeständnisse gemacht. Die Lausanner Konferenz ist in ein neues Stadium, nämlich das der direkten Verhandlungen von Nation zu Nation, getreten.

Die russischen Monarchisten in Berlin.

Dieser Tage versammelte sich ein Kreis russischer Monarchisten im Restaurant „Belshaus“ im Westen Berlins um einen Vortrag des bekannten russischen Monarchisten Jesimowski anzuhören. In seinem Vortrage betonte Jesimowski, daß alle Angelegenheiten dafür sprechen, daß es demnächst zu neuen kriegerischen Ereignissen kommen werde, in die ohne Zweifel auch Sowjetrußland mit eingezogen werde. Sowjetrußland werde sich zur Verteidigung einer Nation erheben, bis zu der Zahl der Kanke des russischen Volkes gehöre. Die Ausrufung Jesimowski stellt eine ungeheure Unverschämtheit dar, da es keinen Zweifel unterliegt, daß Jesimowski mit seinen Worten auf eine eventuelle Unterstützung Deutschlands durch Sowjetrußland gegen die französische Gewalt und Erbrossenungspolitik anspiele. Das ausgehungerte und am Boden liegende deutsche Volk hat Hunderttausende von Russen gastlich aufgenommen. Zu diesen Russen gehört auch Herr Jesimowski, der sich nicht schämt, das deutsche Volk als Feind des russischen Volkes zu bezeichnen. Im übrigen betonte Herr Jesimowski, daß die russischen Monarchisten bei den kommenden kriegerischen Ereignissen sich absetzen zu halten haben und in Ruße den St. rz des Sowjetregimes in Rußland abzuwerten hätten.

Die Arupp-Werbung mit Souveränität, die Wessauer Zeitung „Wust“ veröffentlicht den Verlauf des Vertrages, der zwischen der Sowjetregierung und der Firma Friedrich Arupp u. S. geschlossen worden ist. Danach erhält die Firma Arupp die Ermächtigung zur selbständigen Einföhrung landwirtschaftlicher Maschinen und anderer Bedarfsartikel. So ist ihr gestattet, 5000 ausländische Arbeiter mitzubringen, desgleichen 65 Prozent Angehörige. Der Vertrag begreift die Bedienung des russischen Holzhauses, zu welchem Zweck der Firma Arupp 25000 Desjatinen Land auf 30 Jahre Pachtweise zur Verfügung gestellt werden. Wie man hört, sind eine Reihe Arbeiterhäuser und Bureau's bereits errichtet worden.

Heimliche des Blattes? Die litauische Vertretung in Memel veröffentlichte eine Verfügung der litauischen Regierung, nach der alle Litauer, die nach dem Memelgebiet abgereiset sind, um an den dortigen Ereignissen teilzunehmen, bis zum 2. Februar nach Litauen zurückkehren müssen, widrigenfalls ihre Bestrafung nach den bestehenden Gesetzen erfolgt.

Die finanzielle Auseinandersetzung mit dem früheren bayerischen Königsbau.

Die Regierungsvorlage über den Ausgleich mit dem Haus Wittelsbach und der Gesegntwurf zu einem Uebereinkommen sehen die Errichtung eines Wittelsbacher Ausgleichsfonds vor. Das Uebereinkommen enthält den allgemeinen Verzicht des früheren Königsbaues auf alle Ansprüche an den früheren Hausbesitz und die vorbehaltlose Anerkennung des staatlichen Eigentums an der Münchener Residenz, den übrigen Residenzschlössern, den früheren Hoftheatern und dem musikalischen Teil der Residenz. Der dem Ausgleichsfonds überwiesene Grundbesitz umfaßt 9000 Hektar, darunter 6900 Staatswaldungen und 2000 Hektar landwirtschaftlichen Besitz mit den Gütern, den Schölkern, Berchtesgaden, Berg, Ludwigs-höhe, Neuburg, ferner eine Anzahl Stadthäuser in München, ein Wohnrecht im Nymphenburger Schloß eine Auswahl aus den Sammlungen bei denen das familiengeschichtliche Interesse die allgemeine Bedeutung übersteigt.

Ferner erhält der Fonds ein Startkapital von 40 Mill. Mk., weitere 20 Mill. Mk. sollen den Mitgliedern des ehemaligen Königsbaues unmittelbar zusteßen. Die aus dem Wittelsbacher Hausbesitz stammenden Bestände der öffentlichen Sammlungen werden einer Wittelsbacher Landesstiftung für Kunst und Wissenschaft überwießen, darunter die Handschriftensammlung der ehemaligen Hofbibliothek, die Kunstschätze der alten Pinakothek, der kunstgewerblichen Galerie und die Galerien in Düsseldorf, Mannheim und Saarbrücken der Bayerischen Nationalmuseen, der staatlichen Münzsammlung, Porzellanfabrik usw. Die Kunstschätze werden dem Ausgleichsfonds mit der Widmung zum dauernden öffentlichen Gebrauch überwießen.

Das geheime Hausarchiv soll Eigentum des Ausgleichsfonds werden, aber der staatlichen Verwaltung nach wie vor zustehen. Im Nationaltheater und im Residenztheater ist je eineloge von Mitgliedern des Hauses Wittelsbach einge-räumt. Die Liegenheiten des Königs Otto werden zwischen Staat und Ausgleichsfonds aufgeteilt. Der Staat erhält weiter die Herreninsel im Chiemsee mit dem Königschloß, den Besitz auf der Fraueninsel, das Schloß Winterhof, das Schloß Neuschwanstein, die Maximiliananlage in München und die Jagdhäuser im Gebirge.

Der Gipfel sozialistischer Heße gegen die Landwirtschaft.

Fern Nachrichten dienst des Zentralverbandes der Landarbeiter ernehmen wir den befolgenden Ausfall.

In der Gegenwart, in der es gegenüber der brutalen Raub- und Gewaltpolitik Frankreichs mehr denn je auf Einigkeit und Geschlossenheit aller deutschen Volksteile ankommen sollte. hält es der sozialdemokratische Deutsche Landarbeiterverband für seine Aufgabe, in der niedrigsten Weise gegen die landwirtschaftliche Arbeiterbewegung zu gehen und den „Agrarier“ hinzustellen als den „Erlar“, der mit gekennnten Hörnern auf alles losgeht, was nach Fortschritt aussieht, als den „herausragenden Repräsentant der Entwicklungslosigkeit und des Rückschritts, der durch seine Verbindungen zu den Höfen einen Einfluss auf die Gestaltung der Politik sich zu sichern verstanden hätte, der in keinem Verhältnis zum wirklichen Bedeutung seiner Klasse stand.“

Diese Sätze haben im Verbande der Arbeiter der Deutschen Landarbeiterverbandes für 1922, also in einer von dessen Hauptvorstand herausgegebenen offiziellen Traktatschrift der Hauptleitung, und zwar in einem illustrierten Ausfall über „Die Agrarier in der Kartellatur“. (Und also liegt hier eine Verzerrung der tatsächlichen Verhältnisse vor, denn als dieser Kalender gedruckt wurde, dachte noch kein Mensch an einen Arbeiteranfall; und somit ist es eine ganz und gar unzulässige Kampfmethode, eine Sache mit einem Hinweis auf ein Gefährnis zu bekämpfen, das damals noch niemand ahnen konnte. D. Red.) Bis zu welchem Gipfel des Hasses und der Verhetzung der zu den Illustrationen geschilderten Text sich erstreckt, beweisen auch die nachfolgenden Sätze: „Er (der Agrarier) ist es, der in der politischen Entwicklung deutscher Geschichte als Keim, aber mächtige Partei unerschütterlichen Einfluß ausübt und als getreues, alles bedenkend schwebend einsehendes Reagenzglas die Katastrophe von 1914 heraufbesinnt. Er ist die verhängnisvolle Schwärze, die als Vermächtnis, in der Verabsicherung der feudalistischen Gesellschaftsordnung und in dem politischen Verfall einer unerschütterlichen zur Herrschaft berufenen Klasse, sei es nun das Übergewicht oder sei es das Proletariat, ein geschichtliches Gesetz zu erbilden. Ding auch die Entwicklung über ihn hinweg und hat er sich noergebrungen mit der Welt, wie sie ward, abfinden müssen, so stellt er doch heute noch im Bürger den Unbedeutendsten, den Exportkammerherrn, dem er mit Hochachtung begegnet.“ Und ein anderer Satz lautet: „Es kam der 9. November 1918. Wo war das Agrarierentum an jenem Tage? Es soll, während